

Wirtschaft bei uns und den Feinden.

Von
Georg Münch.

Täglich hört man neue Klagen über die vielen Schwierigkeiten, die unserer Industrie im Wege stehen. Mehr und mehr zeigt sich dabei, wie verhängnisvoll für uns die von den Feinden erzwungene Auslieferung von rollendem Eisenbahnmateriale ist. Jeder geordnete Verkehr ist zur Unmöglichkeit geworden. Angestrandete Tätigkeit in den deutschen Bauanstalten für Waggonen und Lokomotiven tut not. Doch wie soll man das jetzt erreichen, wo der Mangel an Transportmitteln ebenso wie die ewigen Ausstände der Bergleute die Zufuhr von Kohlen und anderen Rohstoffen zum Teil oder gar ganz unterbinden und schließlich auch noch die Unlust der eigenen Arbeiter der Eisenbahnmaterialefabriken hemmend wirkt? Die Arbeitsleistung in unserem Bergbau ist in erschreckender Weise zurückgegangen. Während im Sommer des vorigen Jahres bei den ober-schlesischen Gruben die tägliche Waggonstellung durchschnittlich 11000 Stück und in Rheinland-Westfalen 22500 betrug, bezifferte sie sich am Schlusse des eben abgelaufenen Monats nur auf 2400 und 9700. Streiks und Wagenmangel reichten sich die Hand, um diese betrübende Wendung herbeizuführen. Die Ablieferungen an die Entente greifen da geradezu verheerend ein. So hatte allein die Eisenbahndirektion Essen in den letzten Wochen den Feinden etwa 24000 leere Wagen zu übergeben. Da ein Wagen etwa vier Tage Umlaufzeit beansprucht, so kommen jene Auslieferungen einem täglichen Ausfall von 6000 Stück gleich. Außerdem verlangt die Entente, daß aus den Beständen des Essener Bezirkes täglich 1300 Waggonen für sie ausgesondert und abgefahren werden. Sie erschwert nun die Erfüllung dieser ohnehin schon furchtbaren Erpressung noch durch weitgehende Anforderungen an die Beschaffenheit. So kommt es, daß zur Ablieferung dieser 1300 Wagen täglich etwa das Vierfache, also 5200 dem Feinde vorgeführt, das heißt dem Betriebe entzogen werden müssen. Der Wagenumlauf des Ruhrbezirks wird dergestalt um täglich 11200 Wagen (6000 zuzüglich 5200) gekürzt. Dazu kommt, daß aus dem besetzten Gebiet fast keine leeren Wagen mehr zurückkommen und daß die Abgabe von 5000 Lokomotiven an den Feind uns vom nötigsten Zugmaterial entblößt hat. Der Verkehr stockt deshalb in unserem wichtigsten Industriegebiet zum Schaden für unsere gesamte Gütererzeugung, die ohne die wichtigsten Rohstoffe, ohne Kohle, Erze und Eisen, nicht gedeihen kann.

Man ersieht aus alledem, daß nicht allein die Beilegung der Streikbewegung, sondern auch die Behebung unseres Verkehrslands dringend erforderlich ist. Ebenso nötig ist Klarheit über die „Vergesellschaftung“. Die im Sozialisierungsprogramm der Regierung — dem sogenannten Reichsenergiegesetz — festgelegten, durchaus annehmbaren Richtlinien der Gemeinwirtschaft beschränken sich, was den Kohlenbergbau angeht, auf den Gedanken der Verstaatlichung, des Kohlenhandels, also der Syndikate; sie haben demnach mit der Auffassung der Bergarbeiter, daß die Gruben in ihren Besitz überzugehen hätten, nichts gemein. Der „wilde“ Sozialismus ist damit der Boden unter den Füßen entzogen, und die Regierung dürfte ihr ja nun auch mit alledem Nachdruck entgegenreten. Es ist zu hoffen und es sieht auch so aus, daß der Höhepunkt der Arbeiterunruhen in den Bergbaubezirken überwunden ist. Das käme zunächst der industriellen Erzeugung in jenen Gebieten zugute. Mehr Eisen ermöglicht die Herstellung von mehr Maschinenteilen. Das rollende Material der Bahnen kann ergänzt werden, und wenn wir erst auf diesem Wege flotter vorwärts kommen, so wäre der jetzige, überaus gefährliche tote Punkt unserer Wirtschaft überwunden. Fachkreise des Lokomotivenbaues hoffen in der Tat, daß sich im laufenden Monat ein solcher Umschwung vorbereiten und im März noch deutlicher aussprechen werde, natürlich unter der Voraussetzung des Ausbleibens neuer Arbeiterausstände.

Ein Rad des Wirtschaftsgetriebes greift innig ins andere. Die Lösung der Ernährungs-schwierigkeiten, die ja eigentlich der tiefere Grund all der unser Volk durchzitternden Erregung sind, hängt ebenfalls von der Wiedereinkehr ruhiger Ueberlegung in die Arbeiterkreise ab. Entblößung von Kohlen würde jeden Betrieb, auch den der Nahrungsmittelbereitung, erdrosseln. Viel unersetzlicher Schaden ist schon angerichtet worden. Durch das Fehlen der Kohlen ist die Tätigkeit unserer Stickstofffabriken eingeschränkt worden. Demgemäß mangelt es der Landwirtschaft an Düngemitteln, worunter zum Beispiel der Rübenzuckeranbau stark gelitten hat. Man will darum schon jetzt für das neue Jahr eine schlechte Zuckerversorgung voraussehen. Auch sonst wird die Ertragsfähigkeit unserer Landwirtschaft unter mancherlei Widrigkeiten zu leiden haben. Neben dem Kohlen-, Arbeiter- und Materialmangel fallen die politischen Vorgänge in unseren Ostgebieten unheilvoll ins Gewicht. Darum ist die Regelung der Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande, das heißt aus Amerika, von um so größerer Bedeutung. Sie ist allem Anschein nach jetzt ziemlich gesichert. Allerdings, nicht ohne daß ihr im letzten Augenblick eine große Gefahr entstanden war. Die deutschen Seelente traten mit der Forderung einer erheblichen Lohnsteigerung für die Fahrt auf den deutschen Seeschiffen hervor, die uns unter der Kontrolle der Entente Lebensmittel zuführen sollen. Im Falle einer Nichteinigung mit den Reedern hätten zunächst einmal die Schiffe nicht auslaufen können; eine weitere Folge wäre wahrscheinlich die Besetzung der Schiffe mit Matrosen der Entente und der glatte Raub unserer Handelsflotte durch die Feinde gewesen. Darum ist es zu begrüßen, daß noch rechtzeitig eine Verständigung der Parteien erzielt wurde, die, wie der Zentralverein der Reeder mitteilte, die „ungestörte Zufuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk ermöglichen soll“. Vorbedingung ist natürlich auch Ruhe in den Hafenstädten. Eine bolschewistische Wirtschaft, wie sie in Bremen eingerissen, ist der Tod eines jeden Handelsverkehrs. Doch stehen wir wohl auch in dieser Beziehung vor einer Klärung, nachdem sich die Berliner Regierung gegenüber der spartakistischen Minderheit in dieser Hansestadt zur Anwendung der Reichsexekutive entschlossen hat. Bedauerlich genug, daß erst durch Drohen mit Waffengewalt die terroristischen Elemente zur Vernunft gebracht werden müssen! Aber es geht nicht an, daß des Irrwahns einer kleinen Gruppe wegen ein Volk von 70 Millionen Menschen,

ohne eines von seinen äußeren Feinden geächtet und gepeinigt, von der hohen See abgeschlossen wird.

Wenn es in deutschen Landen nützen soll, wenn die Verwirrung durch das Treiben bolschewistischer Hetzpostel bis zum äußersten gesteigert wird, ist wahrlich nicht einzusehen. Nichts weiter würde damit erreicht, als daß den Feinden der Vorwand zu noch tieferen Eingriffen in unser Land, in unsern Besitz in die Hände gespielt wird. Was der Arbeiter davon zu erwarten hat, zeigt recht deutlich die vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller, in diesen Tagen in öffentlicher Versammlung mitgeteilte Tatsache, daß den deutschen Arbeitern in den elstassischen Kaliwerken von den Franzosen eine zehnstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 35 Pf. vorgeschrieben worden ist, und daß Arbeitsunwillige daselbst von der farbigen Soldateska Frankreichs zur Arbeit gezwungen wurden.

Doch dies nur nebenher. Die Hauptsache ist, daß unsere Arbeiterbevölkerung begreift, wie vollkommen ihre bessere Ernährung von ihren eigenen Leistungen abhängt. Was würde ihr selbst die Möglichkeit einer geregelten Zufuhr von Lebensbedürfnissen aus Amerika nützen, wenn es uns an Geldern zur Bezahlung dieses Imports fehlen würde? Solche Mittel kann uns nur unsere Arbeit schaffen. Sie hat sich in erster Linie auf den Bergbau, die Eisenherstellung sowie auf den Bau und die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven zu erstrecken — ganz abgesehen von der selbstverständlichen fleißigen Bewirtschaftung unseres eigenen Bodens. Alsdann gilt es, die Möglichkeiten unserer Warenausfuhr auszunützen. Sie haben sich in der letzten Zeit eher verbessert als verschlechtert. Deshalb nämlich, weil die Wirtschaft der Feinde ähnliche Krankheitserscheinungen wie die unsere zu zeigen beginnt. In England gewinnt die bolschewistische Propaganda an Boden. Man predigt die Notwendigkeit eines Generalstreiks, um, ganz wie bei uns, stehen die Bergleute im Mittelpunkt der Bewegung, was um so bedeutender ist, als es ohnehin um die Kohlenversorgung Großbritanniens schlecht bestellt ist. Die englische Kohlenförderung, die zu Beginn des Jahres 1917 monatlich noch etwa 20½ Millionen Tonnen betrug, machte gegen den Schluß des Jahres 1918 nur 17½ Millionen Tonnen im Monat aus. Alle Industriebezirke des Reiches klagen über knappe Brennstoffversorgung. Die Bergleute fühlen sich darum als Herren der Lage. Sie verlangen eine 30prozent. Lohnerhöhung und den sechsstündigen Arbeitstag sowie die Verstaatlichung der Gruben. Allein die Mehrforderung an Löhnen würde 40 bis 50 Millionen Pfund Sterling im Jahre ansprechen, wodurch die Konkurrenzfähigkeit der gesamten britischen Industrie naturgemäß betroffen würde. In Frankreich gärt es ebenfalls bedenklich. Vor wenigen Tagen berichteten die Pariser Zeitungen von einem Generalausstand der im Verkehrswesen tätigen Arbeiter. Offenbar im Zusammenhang hiermit steht die Rohstoffnot der französischen Industrie; zahlreiche Betriebe sind bereits zum Stillstand gekommen; an 700 000 Arbeitslose zählt man allein in Nord- und Ostfrankreich.

Wer solche Anzeichen, dazu die Spannung beobachtet, welche sich zwischen Amerika und England infolge der Herabsetzung der Schifffahrtstarife im transatlantischen Verkehr durch die Amerikaner herausgebildet hat, wird der Meinung zuneigen, daß auch die Bäume der Entente nicht in den Himmel wachsen. Statt immer neue Erpressungen Deutschland gegenüber zu ersinnen, werden ihre Machthaber wohl nun ernstlich an die Wiederherstellung des Weltfriedens denken müssen. Sache unserer Unterhändler ist es, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Feinde in ihre Rechnung einzustellen. Jene haben kaum geringeren Anlaß als wir, einen baldigen dauernden Frieden herbeizuführen. Dauernd aber kann er nur sein, wenn er unsere Lebensbedingungen nicht untergräbt.